

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

6. Oktober 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 01.10.14 wurden bei zwei Selbstmordanschlägen der Taliban auf afghanische Militärfahrzeuge in Kabul mindestens sieben Menschen getötet und mehr als 15 verletzt.

Weitere militärische Auseinandersetzungen mit Aufständischen, Bombenanschläge, Drohnen- und Luftangriffe gab es vergangene Woche in Logar (Zentralafghanistan), Baghlan (Nordafghanistan), Faryab (Nordwesten), Kunduz (Nordosten), Nangarhar, Laghman (Osten), Zabul, Helmand und Kandahar (Süden). Die Taliban behaupteten, den Distrikt Registan in der Provinz Kandahar erobert zu haben, was die Behörden zurückweisen. Weiterhin hätten die Taliban nach Behördenangaben Landminen am Highway Kabul-Kandahar und auf Straßen in der südöstlichen Provinz Ghazni verlegt. Dort sei in der vergangenen Woche auch ein Bus angehalten und drei Passagiere von Taliban erschossen worden.

Im Distrikt Gardez der südöstlichen Provinz Paktia sollen die Taliban drei Personen wegen Raubes gehängt haben.

Sicherheitsabkommen unterzeichnet

Der neue afghanische Präsident Ashraf Ghani unterzeichnete am 30.09.14 das Sicherheitsabkommen mit den USA und der NATO. Hiernach sollen rund 12.000 NATO-Soldaten nach dem 31.12.14 in Afghanistan verbleiben. Deutschland will sich mit bis zu 800 Soldaten an dieser Mission namens „Resolute Support“ beteiligen. Ziele der Mission sind die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte. Weiterhin genießen ausländische Soldaten Immunität vor der afghanischen Justiz.

Pakistan

Sicherheitslage

Am 04.10.14 starben bei einem Bombenanschlag auf einen Bazar in Quetta fünf Menschen, 25 wurden verletzt. Der Anschlag galt schiitischen Hazaras. Bei einem Anschlag an einer Bushaltestelle in Kohat (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) starben sechs Menschen, 17 erlitten Verletzungen. Bei einem Anschlag auf einen Bus in Peshawar (Khyber Pakhtunkhwa) wurden am 03.10.14 mindestens sieben Menschen getötet und sechs verletzt.

Irak

UN-Bericht zu Kriegsverbrechen des IS

Nach einem UN-Bericht (Report on the Protection of Civilians in the Armed Conflict in Iraq: 6 July to 10 September 2014) soll der IS in Irak extreme Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Es wird über Enthauptungen, systematische Massenhinrichtungen, Vergewaltigungen und die Rekrutierung von Kindersoldaten berichtet. Religiöse und ethnische Minderheiten wie Turkmenen, Kurden, Christen und Yeziden seien Ziel der Übergriffe ebenso wie sunnitische Geistliche, Stammesführer, aber auch Lehrer und Ärzte, die dem IS die Gefolgschaft verweigerten.

Aber auch die irakischen Regierungstruppen sollen das Kriegsrecht verletzt haben.

Syrien

IS: „Flüchtlinge“ als Terrorkommandos für Europa

US-Geheimdienste wollen aus abgehörten Gesprächen der Führung des IS erfahren haben, dass IS-Kommandos sich unter die syrischen Flüchtlinge mischen und von der Türkei aus mit Hilfe gefälschter Pässe nach Europa reisen sollen, um dort, u.a. auch in Deutschland, Anschläge zu verüben. Erkenntnisse über konkrete Anschlagplanungen gibt es (bisher) nicht.

Kämpfe um Kobane halten an

Trotz der Luftangriffe der von den Vereinigten Staaten geführten Koalition gegen den IS gehen die Islamisten weiterhin massiv mit Panzern und Granaten gegen die kurdischen Einheiten vor. Die kurdische Stadt Kobane (arabisch: Ain al-Arab) an der syrisch-türkischen Grenze ist von drei Seiten von dem IS umstellt. Dieser versucht aktuell, einen strategisch wichtigen Hügel am südöstlichen Stadtrand zu stürmen, der die Einnahme Kobanes erleichtern würde. Eine kurdische Selbstmordattentäterin sprengte sich in der Nähe der umkämpften Stadt an einer IS-Stellung in die Luft.

IS erhält Unterstützung durch pakistanische Tehreek-e-Taliban

Der IS wird in Zukunft Unterstützung von militanten Islamisten aus Pakistan erhalten. Es würden 1.000-1.500 Kämpfer der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), die enge Beziehungen zur al-Qaida besitzen, nach Syrien entsandt. Ein formelles Bündnis zwischen beiden Organisationen gibt es nicht. IS und TTP sind eigentlich Konkurrenten im radikalislamischen Spektrum, in dem der IS dem den Taliban nahestehenden Terrornetzwerk al-Qaida inzwischen den Rang abgelaufen hat.

Türkei

Parlament billigt Militäreinsatz in Irak und Syrien

Am 02.10.14 beschloss das türkische Parlament eine Beteiligung an der Anti-IS-Koalition und billigte mit großer Mehrheit eine Militärintervention gegen den IS in Irak und in Syrien.

Der Beschluss beinhaltet die Erlaubnis zur Stationierung ausländischer Truppen in der Türkei und die Bereitstellung türkischer Stützpunkte für Partnerstaaten im Kampf gegen den IS. Die Regierung des Nato-Partners hat nun ein Jahr lang die Erlaubnis, mit Bodentruppen oder anderen militärischen Mitteln gegen Terrororganisationen vorzugehen. Beabsichtigt sei auch, auf irakischem und syrischem Territorium Sicherheitszonen für die Flüchtlinge zu schaffen. Noch ist unklar, ob und ggf. wann die Regierung die Ermächtigung nutzt. Mehrere Regierungspolitiker erklärten, es gehe zunächst darum, die Grenzen der Türkei zu schützen.

Ägypten

Extremisten enthaupten angebliche Spione

Nach dem Bericht einer ägyptischen Nachrichtenseite vom 06.10.14 veröffentlichten die extremistischen Islamisten der auf der Sinai-Halbinsel aktiven Ansar Beit al-Makdis ein Video im Internet, das die Enthauptung von vier Personen zeigt. Den Opfern soll vorgeworfen worden sein, für den israelischen Geheimdienst Mossad spioniert zu haben.

Libyen

Weiterhin Kämpfe

In Bengasi haben Islamisten am 02.10.14 bei einem Großangriff auf einen Militärstützpunkt mindestens 31 Soldaten getötet und über hundert verletzt. Islamisten des sog. Revolutionären Schura-Rates von Bengasi hatten mit einem Doppelanschlag die Militärbasis des Benina-Flughafens nahe Bengasi angegriffen. Nach Medienberichten sind zunächst zwei mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge in den Armeestützpunkt gerast,

danach sei es zu Gefechten gekommen, die bis in die Nacht zum Freitag andauerten, bevor Soldaten das Gelände sichern konnten.

Der Angriff erfolgte nur einen Tag, nachdem die libysche Armee einen Waffenstillstand in dem von Milizenkämpfen erschütterten Land ausgerufen hatte. Zu Ehren der am 02.10.14 begonnenen Pilgerfahrt nach Mekka (Hadsch) sollten die Waffen ruhen.

Nachdem die Vereinten Nationen einige Tage zuvor einen Dialog zwischen rivalisierenden Abgeordneten vermittelt, konnte am 28.09.14 eine neue Regierung vereidigt werden. Das Parlament in Tobruk bestätigte Ministerpräsident Abdullah al-Thinnis Kabinett mit zwölf Mitgliedern. Al-Thinnis Regierung und das Parlament in Tobruk werden international zwar anerkannt, haben aber in Libyen kaum Einfluss.

Mali

Neun Blauhelmsoldaten getötet

Am 03.10.14 wurden im Norden Malis neun Blauhelmsoldaten aus dem Niger getötet. Bewaffnete auf Motorrädern griffen die Soldaten, die in einem Konvoi in der Nähe von Menaka unterwegs waren, aus einem Hinterhalt an. Seit dem Beginn des Einsatzes von MINUSMA (UN-Stabilisierungsmission für Mali) im Juli 2013 wurden in Mali 30 Blauhelmsoldaten getötet und 90 verletzt.

Im Norden Malis sollen sich abgespaltene Zellen verschiedener islamistischer Gruppierungen aufhalten.

Somalia

Al-Shabaab verliert Baraawe

Nach Angaben der AMISOM gelang es der somalischen Armee und Einheiten der Afrikanischen Union am 05.10.14, die Hafenstadt Baraawe (Brava) – etwa 200 km südwestlich von Mogadischu – einzunehmen. Die Kämpfer der al-Shabaab sollen die Stadt vor dem Einrücken der Armee verlassen haben.

Baraawe war der letzte Hafen unter Kontrolle der al-Shabaab. Er spielte eine wichtige Rolle für deren Finanzierung, da die Islamisten ihn für den Export von Holzkohle in den Nahen Osten nutzten. Zudem kamen Waffen und Kämpfer über den Hafen ins Land.

Kämpfe in Puntland

Bei einem Angriff von Truppen der halbautonomen Region Puntland auf ein Lager der al-Shabaab in den Galgala-Bergen östlich der Hauptstadt Boosaaso (Region Bari) wurden nach Angaben des puntländischen Präsidenten Abdiwali Mohammed Ali Gaas am 01.10.14 mehr als 20 Kämpfer der Islamisten getötet. Der Präsident bot Kämpfern der al-Shabaab eine Amnestie an, falls sie innerhalb von 30 Tagen die Waffen niederlegten.

Ukraine

Brüchige Waffenruhe in der Ostukraine – Schwere Kämpfe in Donezk

Die schweren Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten in der ostukrainischen Stadt Donezk dauern seit dem 29.09.14 an. Allein am 03.10.14 seien fünf Menschen getötet worden, teilte das Donezker Rathaus mit. Demnach konzentrieren sich die Gefechte auf den Flughafen im Norden der Stadt. Nach Angaben der Regierung in Kiew befindet sich dieser – nach dem Eintreffen von Verstärkung und Munition – weiter unter Kontrolle der Armee. Nach dem Waffenstillstand vom 05.09.14, der bislang relativ stabil war, versuchen die Rebellen seit vergangener Woche wieder, den strategisch wichtigen Flughafen zu erobern.

Für den Tod eines Rotkreuz-Mitarbeiters aus der Schweiz in Donezk am 02.10.14 machen sich Kiew und die Rebellen unterdessen gegenseitig verantwortlich. Das ukrainische Außenministerium warf den Separatisten vor, Hilfsorganisationen einschüchtern zu wollen, und sprach von einem terroristischen Akt. Im Gegenzug warfen die Rebellen der Armee vor, wahllos in die Stadt zu feuern und für den Tod des Rotkreuz-Mitarbeiters verantwortlich zu sein. Auch Moskau machte die ukrainischen Streitkräfte für den Tod des Schweizlers verantwortlich. Donezk stehe unter Kontrolle der Rebellen und sei von der ukrainischen Armee unter Beschuss genommen worden.

Die ukrainische Regierung und die Separatisten hatten am 05.09.14 in Weißrussland einen Waffenstillstand vereinbart, um die monatelangen Kämpfe zu beenden. Seitdem wurden fast 70 Menschen getötet. In einer zweiten Vereinbarung hatten sich beide Seiten am 19.09.14 zur Einrichtung einer 30 Kilometer breiten Pufferzone verpflichtet, die international überwacht werden soll.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Fünf Polizisten sterben bei Anschlag in Grosny

Ein Selbstmordattentäter hat sich in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny am Abend des 05.10.14 in die Luft gesprengt. Er riss fünf Polizisten mit in den Tod. Zwölf Polizisten seien bei dem Anschlag nahe einer Konzerthalle schwer verletzt worden, teilte das russische Ermittlungskomitee, Russlands höchste Ermittlungsbehörde, mit. Der Täter sei vermutlich ein 19-jähriger Einwohner der russischen Teilrepublik gewesen, hieß es weiter.

Der Anschlag ereignete sich am 38. Geburtstag des tschetschenischen Republikführers Ramsan Kadyrow. In der Konzerthalle sollte ihm zu Ehren ein Fest stattfinden. Kadyrow führt die russische Teilrepublik autoritär. Nach den beiden Tschetschenienkriegen erfolgte mit massiver finanzieller Hilfe Moskaus der Wiederaufbau Tschetscheniens, insbesondere der zerstörten Hauptstadt Grosny. So blieb es in den vergangenen Jahren relativ ruhig, im Gegensatz zur Nachbarrepublik Dagestan. Beim letzten Selbstmordanschlag in Grosny wurden 2012 vier Soldaten getötet.

Tschetschenen kämpfen für IS in Syrien

Im syrischen Bürgerkrieg kämpfen zahlreiche Tschetschenen auf Seiten der islamistischen Extremisten gegen Regierungskräfte. Anfang September 2014 drohten tschetschenische Kämpfer des Islamischen Staates dem russischen Präsidenten, weil dieser den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad politisch und mit Waffen unterstützt.

China

Proteste in Hongkong – Demonstranten geben teilweise nach

Nachdem Hongkongs Verwaltungschef Leung Chun Ying die Demonstranten aufgefordert hatte, bis zum 06.10.14 alle Straßen zu räumen, und Maßnahmen zur Durchsetzung angedroht hatte, hoben die Demonstranten die Blockade wichtiger Straßen und Verwaltungsgebäude überwiegend auf. Zwar harrten in der Nacht zum 06.10.14 noch rund 1.000 Demonstranten im Regierungsviertel aus, doch ließen sie die Beamten am Morgen in die Gebäude. Viele Anhänger der Demokratiebewegung kündigten aber an, erneut auf die Straße zu gehen. Studentenvertreter verhandeln weiter über ein Treffen mit der Regierung, die ihre Bereitschaft hierzu signalisierte. Die Bedingungen für die Zusammenkunft sowie die Gesprächsziele sind umstritten. In den Tagen zuvor war die Bereitschaftspolizei bereits mehrfach mit Tränengas gegen die Demonstranten vorgegangen.

Die Demokratiebewegung fordert vor allem die Änderung einer von Peking auferlegten Wahlreform. Diese sieht vor, dass die Hongkonger 2017 erstmals den Verwaltungschef wählen, Peking aber zuvor die Kandidaten bestimmt. Die Demonstranten verlangen dagegen freie Wahlen. In der vergangenen Woche hatten sich Zehntausende den Protesten angeschlossen und zwei Viertel der Metropole weitgehend lahmgelegt.

Die vorrangig von Tausenden Studenten und jungen Unterstützern der Occupy-Central-Bewegung getragenen Blockaden und Demonstrationen überschatteten auch die Feiern zum 65. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 01.10.14. Das bis 1997 von Großbritannien verwaltete Hongkong gerät dabei immer mehr unter den Einfluss der Festlandchinesen. Dadurch wächst die Gefahr, dass bislang noch vorhandene Freiheiten, z.B. die Pressefreiheit, entfallen. Hongkong hat gegenwärtig den Status einer chinesischen Sonderverwaltungszone mit einer freien Marktwirtschaft und hoher innerer Autonomie.